

Freitag, 15. August 2025

Stefan Bühler, Doris Kleck

«Wir müssen uns nicht verzweigen, die Schweiz ist ein wichtiger Handelspartner der USA.» Das sagte Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter am 3. April im Gespräch mit Studierenden.

«Amerika ist als Partner stärker als wir, deshalb entscheiden letztlich die USA.» Das sagte Verteidigungsminister Martin Pfister am 12. August vor den Medien zum Preis der Kampfjets F-35, die bis 1,3 Milliarden teurer werden als angeblich vertraglich vereinbart.

Zwei Zitate von zwei Regierungsmitgliedern, eine Kampf-ansage und eine Kapitulation. Dazwischen liegen vier Monate Achterbahnfahrt der Schweizer Politik. Und ganz viel Erkenntnisgewinn: Die USA springen im Zollkrieg mit keinem europäischen Land so rücksichtslos um wie mit der Schweiz. Im Streit um den Preis der F-35 wurden die Schweizer Unterhändler abgeputzt wie Schulbuben.

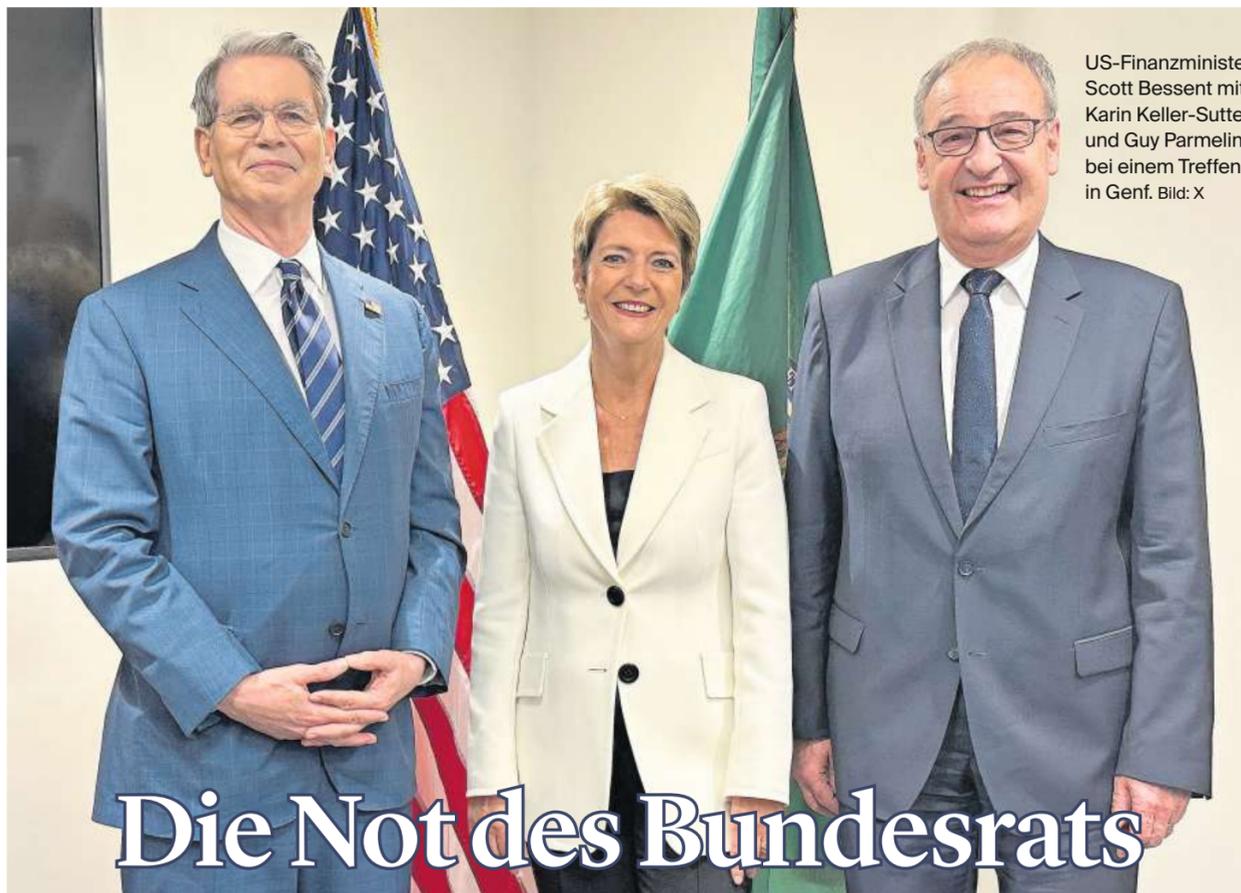
Angesichts der jüngsten Entwicklungen fragt sich: Hat Keller-Sutter die Schweiz überschätzt – oder ist Pfister viel zu rasch eingeknickt?

Italien: 10 Milliarden, Schweiz: 150 Milliarden

Weder noch. Die Erklärung der scheinbar widersprüchlichen Zitate der Bundespräsidentin und des Verteidigungsministers findet sich in zwei gegensätzlichen Eigenschaften der Schweiz: Unser kleines Land spielt wirtschaftlich in der obersten Liga – ist aber politisch nur ein Scheinriese.

Als Wirtschaftsmacht steht die Schweiz mit 300 Milliarden Dollar auf Platz 7 bei den Direktinvestitionen in den USA. Das rund zehnmal grössere Deutschland hat 506 Milliarden Dollar investiert. Als die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni im April zu Donald Trump reiste, versprach sie, dass italienische Unternehmen in den nächsten Jahren 10 Milliarden Dollar in den USA investieren würden. Die Schweiz versprach den USA 150 Milliarden – fünfzehnmal mehr (Geholfen hat es nichts).

In der obersten Liga spielt auch der Finanzplatz – in guten wie in schlechten Zeiten. Seit 2016 wird die Schweiz zu den jährlichen Treffen der G20-Finanzminister eingeladen. Zweimal pro Jahr sitzen die Finanz-



US-Finanzminister Scott Bessent mit Karin Keller-Sutter und Guy Parmelin bei einem Treffen in Genf. Bild: X

Die Not des Bundesrats mit Trumps Reality-Show

Wirtschaftlich zu gross, um sich wegzuducken, politisch zu schwach: Warum die Schweiz in Washington unter die Räder kommt.

ministerin, der Wirtschaftsminister und meist auch der Nationalbankpräsident am Tisch der Grossen in Washington, wenn Weltbank und IWF tagen.

Während der CS-Rettung im Frühling 2023 hatte Finanzministerin Karin Keller-Sutter fast schon eine Standleitung zu ihrer US-Kollegin Janet Yellen. Ein weiterer Kollege soll ihr gesagt haben: «you saved the world.» Keller-Sutter gab Interviews in angelsächsischen Medien. Die britische «Financial Times» kürte sie zu den einflussreichsten Frauen der Welt.

Schweizer Stärken spielen in Trumps Welt keine Rolle

Zwar hat die Schweiz seither mit der UBS nur noch eine Grossbank, doch diese gehört zu den grössten der Welt. Der Finanzplatz ist bedeutend – das öffnet dem Bund Türen zu wichtigen Entscheidern rund um

die Welt. Als Türöffner engagieren sich auch Diplomaten und Diplomaten des Aussendepartements von Ignazio Cassis. Etwa bei der Organisation des Treffens zwischen China und den USA im Handelsstreit im Mai in Genf. Die Schweiz kann Plattformen bieten – und nebenbei Kontakte knüpfen. So kam man in Genf überhaupt mit Trumps Finanzminister Scott Bessent und dem US-Handelsbeauftragten Jamieson Greer ins Gespräch.

Auch die guten Dienste der Schweiz, etwa als Briefträgerin in Iran, nehmen die USA im Krisenfall zwar gerne in Anspruch. Das zeigte sich während Israels Angriffen auf Teheran. Zu viel Dankbarkeit sollte man aber nicht erwarten: Das Engagement in Iran hat der Schweiz im Zollstreit kein einziges Prozent Rabatt eingebracht. Und schon am Tag nach dem Genfer Gipfel mit

China drohte Trumps Regierung mit horrenden Strafzöllen gegen die Pharmafirmen – nicht zuletzt jene aus der Schweiz.

Besonders ungünstig für Bundesbern: Ausgerechnet jene politischen Felder, in denen die Schweiz ihre Stärken hat, interessieren Trump kaum. Die UNO, die Weltgesundheitsorganisation oder die Welthandelsorganisation WTO – ihnen dreht Trump lieber den Geldhahn zu, als dass er sich darin engagiert. Genf, wo Hunderte Jobs auf dem Spiel stehen, bekommt das schmerzhaft zu spüren.

Grosszweig und Scheinriese in einem

Dumm ist auch, dass die Schweiz als Exportnation zwar extrem erfolgreich ist, der eigene Markt für andere Länder aber vergleichsweise irrelevant ist. Gegenmassnahmen wie Zölle auf US-Rindfleisch oder Harley-Davidson

wären für die USA nicht spürbar. Das Drohpotenzial? Extrem bescheiden. Lange war ihre Doppelrolle für die Schweiz ein Vorteil: Wirtschaftlich war sie bestens vernetzt und als zuverlässige Handelspartnerin geschätzt. Politisch blieb sie unauffällig, hielt sich aus Konflikten raus und bot allseits diskrete Vermittlerdienste an.

In Trumps chaotischer Reality-Show aber haben sich die Schweizer Vorteile ins Gegenteil verkehrt: Die Schweiz ist wirtschaftlich zu gross, um sich unter Trumps Radar wegzuducken – ein wirtschaftlicher Grosszweig, der offensichtlich den Zorn des launischen Präsidenten auf sich gezogen hat. Und politisch ist sie in einer Welt der schieren Machtpolitik eben nur ein Scheinriese: Aus der Ferne gesehen mitunter imposant, je näher man aber hinsieht, umso kleiner für den Rest der Welt.

Zürcherin will Mitte-Chefin im Parlament werden

Bundeshaus Nach der Wahl von Philipp Bregy zum neuen Parteipräsidenten vergangenen Juni ist bei der Mitte das Fraktionspräsidium vakant. Bregy hatte das Amt seit 2021 inne.

Nun wagt sich eine Interessentin aus dem Busch: Die Zürcher Nationalrätin Yvonne Bürgin hat am Donnerstag ihre Kandidatur bekannt gegeben. «Ich bin bereit, Verantwortung zu übernehmen – für eine starke Mitte, die Brücken baut und unser Land zusammenhält», wird Bürgin in einer Mitteilung zitiert. Bürgin sitzt seit 2023 im Nationalrat und war zuvor bereits Fraktionschefin der Mitte im Zürcher Kantonsrat. Sie ist Vizepräsidentin der Mitte Schweiz und Gemeindepräsidentin von Rüti ZH.

Aufgrund der neuen Ausgangslage verzichtet Nicolò Paganini auf eine Kandidatur. Der St.Galler Nationalrat sagt, das Amt hätte ihn gereizt. «Doch nun stellt sich eine Frau zur Verfügung, die bereits Erfahrung als Fraktionschefin hat.» Vor dem Hintergrund, dass mit Bundesrat Martin Pfister und Parteipräsident Bregy bereits zwei Männer wichtige Spitzenämter der Partei besetzen, solle nun der Anspruch der Frauen erfüllt werden.



Nationalrätin Yvonne Bürgin.

Bild: Keystone

Auch die Waadtländer Nationalrätin Isabelle Chappuis, die als mögliche Nachfolgerin Bregys gehandelt worden war, teilt auf Anfrage mit, auf eine Kandidatur zu verzichten. Eine weitere gehandelte Kandidatin, die Freiburger Ständerätin Isabelle Chassot, hat sich bisher nicht in die Karten blicken lassen. Die Bewerbungsfrist fürs Fraktionspräsidium läuft heute ab. (lha/sbü.)

Landessprachen first

Eine neue Studie zur Sprachentwicklung bringt spannende Erkenntnisse.

Michael Graber

Französisch, Italienisch oder Deutsch. Und nicht Englisch. Ein grosser Teil der Schweizer Bevölkerung wünscht sich, dass die erste Fremdsprache, die in der Schule gelernt wird, eine der anderen Landessprachen ist. Das geht aus einer neuen Publikation des Bundesamts für Statistik hervor. Rund 77 Prozent aller Befragten sind der Meinung, dass zuerst eine der anderen Schweizer Sprachen gelernt werden soll.

Interessant sind die Unterschiede zwischen den Sprachre-

gionen. Am stärksten beharren die Tessiner auf dem Erlernen einer zweiten Landessprache. Hier sind es 87,5 Prozent, die finden, Englisch sollte nicht die erste Priorität haben. Auch bei den Romands sind rund 83 Prozent dieser Meinung. In der Deutschschweiz finden 74,7 Prozent, eine Landessprache sollte den Vorzug vor einer anderen Sprache erhalten.

Die Sprache als Kitt für die Schweiz

Was die Befragung auch zeigt: Bei jungen Menschen ist die Zuneigung zu den Sprachen der

anderen Landesteile weniger ausgeprägt. Gerade noch zwei Drittel aller Befragten unter 24 Jahren finden, als erste zusätzliche Sprache sollte Italienisch, Deutsch oder Französisch erlernt werden. Bei den Personen über 65 Jahren sind mehr als 85 Prozent dieser Meinung.

Das Erlernen einer weiteren Landessprache ist aber nicht nur für die Verständigung wichtig. Die Befragten sind mit deutlicher Mehrheit (über 85 Prozent) der Ansicht, dass das Beherrschen von mehreren Landessprachen den Zusammenhalt der Schweiz stärkt.

Also: Was la Suisse en profondo zusammenhält, sono le lingue. In diesem wilden Mix aus Deutsch, Französisch, Rätomanisch und Italienisch versteckt sich der Satz «Was die Schweiz im Innersten zusammenhält, sind die Sprachen.»

Derzeit läuft in der Schweiz eine Debatte rund um den Sprachunterricht in der Schule. Mehrere Kantone planen, den Französischunterricht an der Primarschule zu streichen. Dann wäre Englisch die erste Fremdsprache, mit der die Schulkinder in Kontakt kommen. Das ist bereits heute in einigen Kantonen

so. Mehrere Politiker, etwa der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid, fordern dagegen, dass die Landessprache überall den Vorzug erhält.

Bei aller Liebe zu den anderen Amtssprachen: Am häufigsten büffeln Erwachsene zusätzlich zu ihrer Muttersprache Englisch. Danach folgen die grossen Landessprachen. Meistens verbessern die Menschen ihre Sprachfertigkeiten aus beruflichen Gründen. Was auffällt: Französisch und Italienisch werden auch «aus Spass» oder «aus Liebe zur Sprache» gelernt – deutlich häufiger als Deutsch.

Am verbreitetsten in der Schweiz sind als Hauptsprachen weiterhin Deutsch und Schweizerdeutsch. Rund 61 Prozent aller Befragten geben an, dass diese ihre Hauptsprache sind. Danach folgen Französisch mit 23 Prozent und Italienisch mit 8 Prozent.

Damit liegen Italienischsprachige nur noch knapp vor jenen, die angeben, Englisch als Hauptsprache zu haben – das sind 6 Prozent der Bevölkerung. Auf den weiteren Plätzen folgen Albanisch (4 Prozent), Portugiesisch (3 Prozent), Spanisch (2 Prozent) sowie Serbisch und Kroatisch (2 Prozent).